



STANDPUNKT

focus 3/17

Mai

Quartiere als Motor der Stadtentwicklung



Charles Beer

Lehrbeauftragter Hochschule für Soziale Arbeit Genf, Präsident von Pro Helvetia, ehemaliger Staatsrat

Unter dem Druck einer wachsenden Bevölkerung und fortschreitenden Zersiedelung wandeln sich die Städte. Soziale und territoriale Ungleichheiten nehmen zu. Stadtgrenzen lösen sich zugunsten einer immer weiteren, nicht durchgängigen Ausdehnung des städtischen Raums auf. Der Urbanismus verdrängt die klassische Stadt. Globalisierung, Liberalisierung des Handels, Migration und Klimaerwärmung sorgen für Bevölkerungswachstum in den Städten. Diese rücken dadurch bei der Frage der nachhaltigen Entwicklung in den Mittelpunkt. Die Städte sind Problem und Lösung zugleich.

Die Schweiz verfügt über zahlreiche Stärken, die ihr bei der Bewältigung der Herausforderungen helfen: ihr Hochschulangebot, ihre Innovationskraft und ihr Föderalismus. Erfolgreich sind Initiativen dann, wenn sie auf zwei sich ergänzenden Ebenen ansetzen: dem Quartier und dem Ballungsraum. Die Schweizer Städte sind hier Vorreiter.

Die Neukonzipierung der Stadt vor dem Hintergrund mannigfaltiger, komplexer und miteinander verknüpfter Herausforderungen stellt einen Paradigmenwechsel dar. Hierfür gilt es, die Lehren aus der Vergangenheit, Versäumnisse und Erfolge, sowie aktuell statt-

findende Veränderungen zu berücksichtigen. Eine Konzeption der Stadt in ihrer urbanen, architektonischen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und sicherheitspolitischen Dimension einerseits und der Einbezug des Know-hows sämtlicher Disziplinen und Fachrichtungen im Sinne eines gesamtheitlichen Ansatzes andererseits erfordert die Einbindung der Bevölkerung als zentraler Akteur beim städtischen Wandel.

Für eine Konzeption der Stadt, an deren Anfang die Einbindung des Quartiers, die jeweiligen Bedürfnisse und das «Miteinander» stehen, müssen die nachhaltige Entwicklung und der soziale Zusammenhalt gefördert sowie territoriale Ungleichheiten verringert werden. Dieser Ansatz stärkt die Demokratie und sorgt für ein Verständnis von Stadtentwicklung, das die Bewohnerinnen und Bewohner zu echten Partnern des städtischen Wandels werden lässt. Ein Quartier im Sinne einer Einheit lässt sich nicht per Gesetz verordnen, es entwickelt sich.

Mit der direkten Demokratie und der Legitimität ihrer Massnahmen im Dienste des Gemeinwesens sind die Städte unseres Landes Ausdruck von Individualität und Gemeinschaft und somit gleichermaßen Quelle wie Garant für den Erfolg. Diese klare Ausgestaltung des Subsidiaritätssystems verlangt nach einem klaren Engagement seitens der Kantone, der Eidgenossenschaft, der Hochschulen, der Forschung und der Zivilgesellschaft.

Liebe Leserin, lieber Leser

Kreis IV und Ouchy, Maladière und Bümpliz... Viele Schweizer Quartiere sind fast ebenso bekannt wie die Stadt, zu der sie gehören. Sie stehen für ein Lebensgefühl und wecken Bilder in uns: die Ausgehmeile, der Blick auf den See, das Fussballstadion, die Hochhäuser.

Weniger bekannt ist, welchen Wandel viele Quartiere dank gezielter Förderung in den letzten Jahren erlebt haben. Neben baulichen Programmen verhalfen auch soziale Projekte den Quartieren zu neuem Schwung.

Wie wichtig es dabei ist, dass sich Städte und Gemeinden austauschen können, Stadtplaner und Integrationsbeauftragte an einem Tisch sitzen und die Bevölkerung hinter den Projekten steht, thematisiert die neuste focus-Ausgabe.

Ihre focus-Redaktion

Inhalt

Standpunkt	1
Interview	2
Thema	3
Session und Vernehmlassungen	4
Städteverband im Fokus	5
Agenda	6

INTERVIEW

«Die Bevölkerung erhält die Möglichkeit sich einzubringen»



Elina Leimgruber
Stadtpräsidentin von Vevey

Geboren in Vevey, verheiratet und Mutter zweier Kinder, zieht Elina Leimgruber 2011 als erstes grünes Mitglied in den Stadtrat von Vevey ein. 2016 wird sie als erste Frau in der Geschichte der Stadt zur Stadtpräsidentin gewählt.

Die Stadt Vevey setzt sich seit 2005 verstärkt für die Quartierentwicklung ein. Welches sind die Gründe dafür?

Ursprünglich machten Sozialarbeiter darauf aufmerksam, dass die Bewohner von Vevey das Quartier «Plan-Dessous» sehr negativ wahrnehmen. Erstes Ziel war es, mit den Menschen vor Ort in Kontakt zu treten, aber auch eine Beurteilung auf Gemeindeebene vorzunehmen, um ein genaueres Bild von den zentralen Problemen zu erhalten. Nach dieser Bestandesaufnahme wurden verschiedene Lösungsmöglichkeiten geprüft und schliesslich Massnahmen im Rahmen des Programms «Projets urbains» zwischen 2008 und 2011 umgesetzt. Unser Bestreben war es, die Lebensqualität im Quartier zu verbessern, Bewohner mit Migrationshintergrund besser zu integrieren und den Aufbau sozialer Beziehungen zwischen den Bewohnern zu fördern. Angesichts der Ergebnisse entschied die Stadt Vevey, ihre Massnahmen auf ein zweites Quartier, das Quartier «Plan-Dessus», auszuweiten.

Welche Projekte waren erfolgreich und führten zu nachhaltigen Ergebnissen? Und aus welchen Gründen?

Die partizipative Dimension des «Projet urbain» förderte das Engagement der Bewohner und trug somit in vielerlei Hinsicht zum Erfolg bei, insbesondere zur Eröffnung der beiden Quartierzentren. Die Eröffnung dieser Zentren entsprach einem grossen Wunsch der Bevölkerung in den beiden Quartieren.

Die Mitwirkung der Quartiervereine am Projekt sorgte ebenfalls für eine gute Sichtbarkeit bei den Bewohnern und für eine Mobilisierung der Bevölkerung.

Partizipative Projekte wecken bei der Bevölkerung viele Erwartungen. Wie managt man ein partizipatives Projekt zur Quartierentwicklung?

Ein partizipatives Projekt muss den Bedürfnissen des Zielpublikums gerecht werden. Nur so trägt die Bevölkerung Veränderungen mit. Zur Bestimmung dieser Bedürfnisse muss man die Verhältnisse vor Ort kennen und die zentralen Akteure des Quartiers (Personen, anerkannte Vereine, Institutionen) einbinden. Es gilt daher zunächst einmal, sich einen Überblick über die vor Ort existierenden Strukturen zu verschaffen. Es ist wichtig, den maximalen zeitlichen und finanziellen Rahmen festzulegen. Ein Schlüssel bei der Umsetzung eines Projekts zur Quartierentwicklung ist die Kommunikation – einerseits um die verschiedenen am Projekt beteiligten Akteure zu informieren und andererseits um ein Vertrauensverhältnis aufzubauen.

Veränderte sich durch das Engagement in den Quartieren auch die Zusammenarbeit in der Verwaltung?

Wir stellten fest, dass es unverzichtbar ist, die städtischen Stellen einzubinden. Durch diese Vorgehensweise konnten wir eine «gemeinsame Kultur» entwickeln und die

verschiedenen Probleme gemeinsam unter verschiedenen Blickwinkeln betrachten. Somit haben die «Projets urbains» die bereichsübergreifende Zusammenarbeit in der Verwaltung gestärkt.

Die Bevölkerung von Vevey lehnte in den letzten vier Jahren drei grosse Bauvorhaben zur Verdichtung der Stadt ab. Wie erklären Sie sich das?

Zu den wichtigsten Gründen für die Ablehnung gehören die Ablehnung einer gewissen Form der Siedlungsentwicklung, das Fehlen einer ganzheitlichen Vision und die fehlende Partizipation. In der Tat setzte ein grosser Teil der Bevölkerung Siedlungsentwicklung nach innen mit einem Verlust an Lebensqualität gleich. Diese Unzufriedenheit wuchs Schritt für Schritt und trat bei den Referenden dann zutage.

Diese Problematik gibt es jedoch nicht allein in Vevey. Gegen fast alle städtebaulichen Projekte des Genferseebogens gibt es derzeit Widerstand – ob in Form von Gerichts-, Einsprache- oder Beschwerdeverfahren oder in Form eines politischen Widerstands. Im Fall von Vevey ist eine Gesamtschau nötig. Konkret wird es ein Städtebaukonzept mit einem differenzierten Siedlungsentwicklungsansatz für die einzelnen Quartiere brauchen. Um das Konzept breiter abzustützen, wird neben dem Gemeinderat und den Vereinen auch die Bevölkerung von Vevey die Möglichkeit erhalten sich aktiv

THEMA

«Dorf in der Stadt»: Ein Quartier ist mehr als eine Postleitzahl

Die Quartierentwicklung trägt zum sozialen Zusammenhalt und zur Lebensqualität bei. Ein Patentrezept für erfolgreiche Entwicklungsprojekte gibt es nicht, zu unterschiedlich sind die Voraussetzungen in den Städten und Agglomerationsgemeinden. Das Netzwerk Lebendige Quartiere ermöglicht und fördert jedoch den Austausch zwischen den Gemeinden.



Julia Imfeld

Leiterin Netzwerk
Lebendige Quartiere,
wissenschaftliche Mitarbei-
terin Städteverband

Die Schweizer Städte wachsen unaufhaltsam. In Lausanne und Winterthur stieg die Bevölkerungszahl zwischen 2005 und 2015 um über 15 %, in Agglomerationsgemeinden wie Regensdorf oder Opfikon sogar um rund 40 %. Gemäss der Statistik der Schweizer Städte 2017 erfuhren im selben Zeitraum von 172 untersuchten Städten und Gemeinden lediglich fünf einen Bevölkerungsrückgang. Was zieht die Menschen in die Städte? Das vielfältige kulturelle Angebot, die gute Infrastruktur und die kurzen Wege sprechen sicher für ein Leben im Urbanen. Die hohe Wohn- und Lebensqualität hängt nicht zuletzt vom kleinräumigen Umfeld, sprich von den Quartieren ab. Die viel kritisierte Anonymität der Grossstadt ist nicht vorhanden, nicht selten wird das Quartier das «Dorf in der Stadt» genannt: Man kennt und grüsst sich im Quartierladen oder auf der Joggingrunde. Ein Quartier ist schliesslich nicht nur eine Postleitzahl, eine Verwaltungseinheit oder ein Lebensraum, sondern ein Lebensgefühl.

«Projets urbains» als Beschleuniger der Quartierentwicklung

Die kulturelle und gesellschaftliche Vielfalt, der demografische Wandel sowie die Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt stellen den sozialen Zusammenhalt in den Quartieren jedoch auf die Probe. Weitere Herausforderungen sind eine hohe Verkehrsbelastung, vernachlässigte Liegenschaften und Aussenräume sowie eine Konzentration von benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Die Städte und Agglomerationsgemeinden müssen trotz diesen Entwicklungen die Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger bewahren. Vor diesem Hintergrund wurden

die Anstrengungen in der Quartierentwicklung und -aufwertung in den vergangenen Jahrzehnten vielerorts stark erhöht. Einige kleinere Städte und Gemeinden profitierten dabei etwa vom 2008 lancierten Bundesprogramm «Projets urbains – Gesellschaftliche Integration in Wohngebieten». Mit einem ganzheitlichen Ansatz konnten eine Vielzahl von Projekten in Gemeinden angestossen werden, die ohne diese Unterstützung kaum hätten realisiert werden können.

«Die Erfahrung der Gemeinden zeigt, dass die Lebensqualität dank Massnahmen der Quartierpolitik verbessert werden kann - die Wirkung ist aber nicht einfach zu messen.»

Die an den Projets urbains teilnehmenden Gemeinden sind von der Wirksamkeit der Quartierentwicklung überzeugt. Ihre Erfahrung zeigt, dass die Lebensqualität in den Quartieren dank gezielter Massnahmen deutlich verbessert werden kann – sei es durch die Bereitstellung von Sitzbänken in Vevey und Schaffhausen oder die Erstellung von Quartiertreffs in Montreux. Die fehlende Messbarkeit der Wirkung von Quartierarbeit stellt für viele Gemeinden jedoch ein grundlegendes Problem dar. Die Steigerung von sozialem Zusammenhalt, Integration oder Prävention kann nicht wirklich in Zahlen ausgedrückt werden. Die Rechtfertigung von Projekt- oder Lohnkosten ist in einer Budgetdebatte entsprechend schwierig. Dieser Umstand ist äusserst bedauernd und zeigt, wie stark die Quartierentwicklung vom politischen Willen in Parlament und Exekutive abhängig ist.

Das Netzwerk lebendige Quartiere fördert den Erfahrungsaustausch

Klar ist: Die Voraussetzungen und Umstände in den Städten und Gemeinden sind unterschiedlich. Allgemein gültige Lösungen gibt es daher nicht. Umso wichtiger ist deshalb der Er-

fahrungsaustausch zwischen den Städten und Gemeinden. Die Möglichkeit, sich zu thematischen Schwerpunkten der Quartierentwicklung auszutauschen und sich gegenseitig zu inspirieren bietet das im letzten Herbst lancierte Netzwerk Lebendige Quartiere. Unter dem Dach des Städteverbandes entsteht eine neue Drehscheibe im Bereich Quartierentwicklung. Das voneinander Lernen beschränkt sich dabei nicht auf die Städte und Agglomerationsgemeinden – genauso wichtig ist der Austausch innerhalb der Verwaltung. Beteiligt an einer erfolgreichen Quartierentwicklung sind neben der Stadtplanerin auch die Sozialarbeiterin, der Integrationsdelegierte, der Stadtbaumeister oder die Stadtgärtnerin. Die ganzheitlichen Ansätze der Quartierentwicklung fordern daher auch eine inklusive und gut funktionierende interdepartementale Zusammenarbeit. Der Schweizerische Städteverband ist überzeugt, dass sich Quartiere als kleinräumige Labore eignen, in welchen unterschiedliche Lösungsansätze für die eingangs erwähnten Herausforderungen getestet werden.

«Die Unterstützung der Freiwilligenarbeit durch die Gemeinde ist oft unerlässlich für den langfristigen Erfolg der Projekte.»

Eine zentrale Rolle bei der Problemlösung auf Quartierebene spielt die Bevölkerung. Die meisten Projekte wie Mittagstische, Sprachcafés, Quartiertreffs oder Hausaufgabenhilfen können ohne das Engagement von Freiwilligen nicht realisiert werden. Die Zusammenarbeit mit Migrantinnen und Migranten trägt zusätzlich zu einem besseren gegenseitigen Verständnis und zur effektiveren Integration bei. Umso wichtiger ist daher die langfristige Bindung der Beteiligten an die Projekte. Viele Gemeinden haben jedoch Mühe eine nachhaltige Partizipation der Bevölkerung zu erreichen. Daher ist zumindest eine minimale Begleitung und Unterstützung seitens Gemeinde unerlässlich für den Fortbestand der Projekte. Die Städte und Gemeinden haben schliesslich grosses Interesse an lebenswerten Quartieren und somit auch am langfristigen Erfolg von Quartierentwicklungsmassnahmen.

www.lebendige-quartiere.ch

POLITIK

Ausblick auf die Sommersession

Bereits in der Sondersession von Anfang Mai hat der Nationalrat zwei für die Städte relevante Geschäfte gutgeheissen: Wie der Ständerat sprach er sich für eine zusätzliche Unterstützung der Kantone und Gemeinden von rund 100 Millionen Franken aus, um die Eltern bei der familienergänzenden Kinderbetreuung zu entlasten. Ausserdem folgte der Nationalrat beim Verpflichtungskredit für den Regionalen Personenverkehr dem Entscheid der kleinen Kammer, den Kredit um 144 Millionen auf 4,1 Milliarden Franken zu erhöhen. Auch die Sommersession verspricht einige für die Städte wegweisende Entscheidungen. Nebst Vorstössen zur Postgesetzgebung (vgl. SSV im Fokus, S. 5) stehen insbesondere folgende Geschäfte im Zentrum:

Energiapolitische Weichenstellungen

Die Schweizer Stromversorgung soll den geänderten Anforderungen angepasst werden. Geht es nach dem Willen des Ständerats, soll das Verteilnetz künftig grundsätzlich unter der Erde und nicht als Freileitungen verlegt werden. Stromproduzenten sollen den eigenen Strom zu verbesserten Konditionen in der Grundversorgung einspeisen dürfen. Durch die Verwendung intelligenter Systeme soll zudem der Energieverbrauch optimiert

werden. Die UREK-N ist sich mit dem Ständerat in den meisten Punkten einig.

Der Ständerat wird wiederum über ein Klima- und Energielenkungssystem (KELS) befinden und voraussichtlich, wie bereits der Nationalrat, nicht auf den Entwurf des Bundesrats eintreten. Hingegen dürfte das Klimaübereinkommen von Paris genehmigt werden. Die UREK-S beantragt ihrem Rat die Zustimmung, womit in der Schweiz der Treibhausgasausstoss bis 2030 um 50 % gegenüber 1990 gesenkt werden müsste.

Verbesserungen der Bahninfrastruktur

Die Organisation der Bahninfrastruktur sieht unter anderem die Überführung der Trassenvergabestelle in eine Anstalt des Bundes und die Stärkung der Schiedskommission im Eisenbahnverkehr vor. Damit soll eine Diskriminierung im Zugang zur Bahninfrastruktur vermieden werden. Umstritten sind die Systemführerschaft und die damit verbundenen eingeschränkten Mitwirkungsrechte von Kantonen, Städten und Verkehrsverbänden. In der Frühjahrssession wies der Nationalrat das Geschäft wegen zu grossen Differenzen an den Bundesrat zurück. Die Kommission des Ständerats beantragt ihrem Rat jedoch, auf die Vorlage einzutreten.

Ausserdem diskutiert der Ständerat die Vorschläge seiner Kommission über die Rahmenbedingungen für den Bahnausbau 2030/2035. Bei der Prioritätensetzung sollen Aspekte wie Erschliessungsgrad, Engpassbeseitigung, Netzwerke und Entwicklungspotenzial mitberücksichtigt werden.

Reformen bei den Sozialversicherungen

Die Ausgleichsfonds von AHV, IV und EO sollen künftig von einer öffentlich-rechtlichen Anstalt verwaltet werden. Durch die Schaffung einer neuen Rechtspersönlichkeit sollen die Zuständigkeiten vereinfacht werden. Uneinig sind sich die Räte darüber, ob die Revisionsstelle extern oder dem Eidgenössischen Departement des Innern anzugliedern sei.

Der Bundesrat hat dem Parlament einen Entwurf unterbreitet, der die Berechnung der Ergänzungsleistungen auf eine neue Grundlage stellt. Die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen soll bestehen bleiben. Nach dem Willen der Kommission des Ständerats würden die Kantone sogar von zusätzlichen Einsparungen profitieren. Der Städteverband unterstützt die Ziele, namentlich den Erhalt des Leistungsniveaus, die bessere Verwendung von Eigenmitteln für die Altersvorsorge sowie die Reduktion von Schwelleneffekten.

Vernehmlassungen

Verordnungen zur Energiestrategie

Der Städteverband beurteilt die neun Verordnungen, mit denen der Bundesrat das erste Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 umsetzen will, trotz Abstrichen insgesamt positiv. Er kritisiert, dass in der CO₂-Verordnung mehrere Erleichterungen fortgeführt oder gar neu vorgesehen werden. Damit würden CO₂-Zielwerte unnötig auf die lange Bank geschoben. In der Energieförderungs- wie auch der Energieverordnung schlagen die Städte vor, auch neue Speichertechnologien wie «Power to gas» zu berücksichtigen. Weiter wird vorgeschlagen, dass die Schwellenwerte für die Anerkennung des nationalen Interesses höher angesetzt werden. Auch fordert der Städteverband, dass bei der Ausrichtung der Globalbeiträge ergänzend zu den kantona-

len auch kommunale Programme berücksichtigt werden.

Totalrevision des Datenschutzgesetzes

Der Städteverband begrüsst die Totalrevision des Datenschutzgesetzes mit Blick auf die rasante technologische Entwicklung ausdrücklich. Effektiver Datenschutz soll nicht nur auf dem Papier bestehen, sondern auch durchgesetzt werden. Es ist fraglich, ob der Verzicht auf die Erhebung von Gerichtskosten hierfür ausreicht. Der SSV erachtet es ausserdem als wichtig, dass die Verantwortung für den Datenschutz nicht ausschliesslich bei den Bürgern liegen soll. Skeptisch beurteilt wird die Aufhebung der Informationspflicht, wenn die Information nachweislich nicht oder nur mit unverhältnismässigem Aufwand erbracht werden kann.

Wehrpflichtabgabe fairer ausgestalten

Verschiedene Anpassungen im Bundesgesetz über die Wehrpflichtersatzabgabe sollen dazu führen, ausgeglichener Massnahmen bei Nichterfüllung der militärischen Dienstpflicht zu schaffen. So ist etwa vorgesehen, dass Personen, denen bei der Entlassung 15 Militärdiensttage fehlen, eine Abschlussabgabe leisten. Der Städteverband begrüsst die vorgeschlagenen Massnahmen insgesamt. Er lehnt aber eine höhere Mindestpauschale ab, da die Dienstpflichtigen aufgrund ihres jungen Alters teilweise über wenig oder kein Einkommen verfügen.

Weitere Vernehmlassungen unter:
www.staedteverband.ch/Politik/Vernehmlassungen

AKTUELL

Städteverband im Fokus

Steuervorlage 17 – Stimme der Städte wird gehört

 In der Frage der Unternehmensbesteuerung wird intensiv um eine mehrheitsfähige Vorlage gerungen. Der Bundesrat möchte die Eckwerte der Steuervorlage 17 – so die Bezeichnung des Nachfolgeprojekts der Unternehmenssteuerreform III – Mitte Juni verabschieden. Deren Erarbeitung ist Aufgabe eines Steuerorgans von Bund und Kantonen. Für den Städteverband ist es zwar nach wie vor unverständlich, dass die kommunale Ebene nicht gleichberechtigt in diese Arbeiten einbezogen wurde. Erfreulich ist aber, dass die Städte bereits mehrfach angehört wurden und deren Forderungen weitgehend auf offene Ohren stiessen. So wird die Steuervorlage 17 wohl viel transparenter sein als die USR III. Sowohl die Verordnungen wie auch die Umsetzungsprojekte sollen frühzeitig bekannt sein. Die Steuerausfälle werden wohl geringer ausfallen und der Gegenfinanzierung wird mehr Bedeutung beigemessen. Nicht zuletzt stiess auch die Forderung nach einer gesetzlich verankerten Verpflichtung der Kantone zur Entschädigung der Gemeinden auf Verständnis. Fest steht, dass eine Steuervorlage ohne Einbezug der Städte nicht mehrheitsfähig ist. Diese Botschaft ist angekommen.

Städteverband an Anhörungen zur Postversorgung

 Die Pläne der Schweizerischen Post, ihr Poststellennetz radikal umzubauen, beschäftigt auch die Städte und Agglomerationsgemeinden. Wo welche Postdienstleistungen künftig wie angeboten werden sollen, ist immer noch weitgehend offen. Klar scheint nur zu sein, dass zahlreiche Poststellen aufgegeben werden sollen. Der Städteverband hat an Anhörungen der zuständigen Parlamentskommissionen die Informationspolitik der Post gegenüber den Städten und Gemeinden kritisiert. Die Anpassung des Poststellennetzes an die veränderten Gewohnheiten stellt der Städteverband nicht grundsätzlich in Frage; aber er fordert für diesen Prozess taugliche Kriterien, die auch den Verhältnissen in Städten und Agglomerationen Rechnung tragen. Die Beratungen des Nationalrats zur Postgesetzgebung in der Sommersession wird der Städteverband aufmerksam verfolgen.

Wichtiger Schritt für nachhaltige Energiezukunft

 Der Städteverband ist erfreut über die klare Zustimmung der Schweizer Stimmbevölkerung zum ersten Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050. Das Ja ist ein wichtiger Schritt für eine künftig stärker erneuerbar ausgerichtete Energieversorgung. Die Zustimmung zur Energiestrategie 2050 bringt Rechts- und Planungssicherheit – auch für Stadt- und Gemeindegewerke. Ausserdem schafft der Volksentscheid lokale Wertschöpfung, denn diese wird durch den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Investitionen in Energieeffizienz massgeblich gestärkt. Zahlreiche Städte und Gemeinden haben sich bereits vor Jahren entschieden, aus der Kernenergie auszusteigen und auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu setzen. Ihre Erfahrungen zeigen, dass die Energiestrategie funktioniert und die Versorgungssicherheit gewährleistet bleibt. Der Volksentscheid bestätigt diesen energiepolitischen Kurs und trägt zur Stärkung der einheimischen Energieproduktion bei, nicht zuletzt der Wasserkraft.

www.staedteverband.ch

Thema Mobilität im Fokus der Städte-Statistik 2017

 In den letzten vierzig Jahren haben sich die auf Strasse und Schiene zurückgelegten Personenkilometer verdoppelt. Ein Grossteil dieses Personenverkehrs wickelt sich im urbanen Raum ab. Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs führte zumindest in den Grossstädten auch zu einem Rückgang der Zahl der Autos. Dies zeigt die «Statistik der Schweizer Städte 2017» mit dem Schwerpunktthema Mobilität auf, die im April erschienen ist. Die Ausgabe liefert konkrete Daten zum Motorisierungsgrad, zu den Verkehrsmitteln von Pendlern oder zur Haltestellendichte. Daneben enthält die Städte-Statistik erneut zahlreiche Informationen und Fakten zu Themen wie Bevölkerungsentwicklung, Arbeit und Erwerb, Finanzen oder Bildung aus 172 Städten und städtischen Gemeinden der Schweiz. Das Jahrbuch wurde zum zweiten Mal gemeinsam vom Städteverband und dem Bundesamt für Statistik herausgegeben.

www.staedteverband.ch

Kurzmeldungen

Werterhalt von Strassen

Die Organisation Kommunale Infrastruktur (OKI), SSV und SGV haben den Leitfaden «Werterhalt von Strassen» neu herausgegeben. Er kann elektronisch im Webshop der OKI bezogen werden.

www.kommunale-infrastruktur.ch

Förderprogramme Nachhaltigkeit

Das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) und die Eidgenössische Migrationskommission (EKM) laden Kantone und Gemeinden ein, Projekte zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung einzureichen. Unterstützt werden Vorhaben der öffentlichen Hand oder von Akteuren, die mit Kantonen und Gemeinden zusammenarbeiten.

www.are.admin.ch/foerderprogramm

Newsletter E-Government Schweiz

E-Government Schweiz – die Organisation von Bund, Kantonen und Gemeinden für die Ausbreitung elektronischer Behördenleistungen – informiert sechsmal jährlich in einem Newsletter über Themen und Entwicklungen rund ums E-Government.

www.egovernment.ch

openaxs FTTH Conference zu Smart City

Immer mehr Städte und Gemeinden bauen ihre Glasfasernetze für smarte Infrastrukturen aus. Die 7. openaxs FTTH Conference am 23. August in St.Gallen zeigt, wie das Potenzial solcher Infrastrukturen ausgeschöpft werden kann.

www.openaxs.ch

Online-Dorfplatz 2324.ch

Keine Demokratie ohne engagierte Bürgerinnen und Bürger. Diese Haltung vertritt der Verein 2324.ch. Er will mit seiner Online-Plattform den Dialog zwischen Behörden, Einwohnern, Vereinen und Organisationen fördern und Online-Dorfplätze mit lokalen Inhalten schaffen.

www.2324.ch

Agenda

Schweizerischer Städteverband SSV

- 31. August 2017/
1. September 2017** **Städtetag 2017** in Montreux
Information: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch
- 17. Oktober 2017** **Herbstseminar Netzwerk Lebendige Quartiere** in Bern
Information: www.lebendige-quartiere.ch
- 2. November 2017** **Tagung «Alles digital oder was? Ein Megatrend findet Stadt»** in Solothurn
Information: Barbara Brechbühl und Julia Imfeld, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch

Sektionen des Schweizerischen Städteverbandes

- 17. August 2017** **Mitgliederversammlung und Fachanlass der Städtekonferenz Mobilität SKM** in Bern
Information: Roman Widmer, Telefon 031 356 32 32, info@skm-cvm.ch
- 8. September 2017** **Herbstkonferenz der Städteinitiative Bildung**
Information: www.staedteinitiative-bildung.ch, Telefon 052 267 55 18, info@staedteinitiative-bildung.ch
- 22. September 2017** **Fachveranstaltung der Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren** in Bern
Information: Karin Christen, Telefon 031 356 32 32, info@ksfd.ch
- 26./27. Oktober 2017** **Delegiertenkonferenz der Städtekonferenz Kultur** in Lugano
Information: Karin Christen, Telefon 031 356 32 32, info@skk-cvc.ch

Weitere Organisationen

- 13. - 16. Juni 2017** **Suisse Public** in Bern (Patronat SSV)
Information: www.suissepublic.ch
- 14. Juni 2017** **KAP plus-Veranstaltung: «Alkoholprävention an Konsumorten»** in Zug (Patronat SSV)
Information: www.fachverbandsucht.ch
- 27. Juni 2017** **digma-Tagung zum Datenschutz 2017** in Zürich (Patronat SSV)
Information: www.digma-datenschutz.ch
- 5. Juli 2017** **Schweizer Fachtagung zu Erscheinungsformen von Jugendgewalt – Hintergründe und Präventionsmöglichkeiten** in Zürich
Information: www.sifg.ch
- 23. August 2017** **openaxs FTTH Conference zu Smart City** in St.Gallen
Information: www.openaxs.ch
- 8. September 2017** **VLP-ASPAN Kongress «Verdichtung – zwischen Qualität und Rendite»** in Solothurn (Patronat SSV)
Information: www.vlp-aspan.ch
- 21. September 2017** **sia-Tagung «Mehr als Gestaltung. Öffentliche Plätze 4.0»** in Zürich
Information: www.sia.ch

Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband SSV, Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern
 Redaktion: Renate Amstutz, Marius Beerli, Karin Christen, Julia Imfeld, Carol Mauerhofer, Lucas Müller, Maja Münstermann, Martin Tschirren, Roman Widmer; Übersetzungen: proverb
 Bildnachweise: Rolf Siegenthaler; Portrait Seite 1; zvg; Bild Seite 2: zvg
 Telefon 031 356 32 32, Telefax 031 356 32 33, www.staedteverband.ch
 Newsletter abonnieren: info@staedteverband.ch